

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag. Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 126

Mittwoch, den 2. Juni 1926

33. Jahrgang

## Chronik des Tages.

— Der Preussische Landtag hat seine Arbeiten wieder aufgenommen und zwar mit der Beratung des Polizeistats.  
— Justizrat Claß hat an den Minister Sebering das Verlangen gestellt, Einblick in die Polizeistatistik zu gewähren.  
— Der französische Ministerpräsident Briand hat einen neuen Sieg in der Kammer errungen.

## Briand siegreich.

Die Währungsdebatte auf später vertagt.  
Der gestern vormittag stattgefundene Ministerrat in Paris hat einstimmig beschlossen, Briand für seine Politik das Vertrauen auszusprechen und nach wie vor an dem Beschluß festzuhalten, jede Generaldebatte über die Finanzlage abzulehnen, bis die Vorlegung eines klaren und einwandfreien Berichtes möglich sein wird.

Die gestrige Kammerdebatte ist in ganz Paris mit großer Sorge erwartet worden, denn man hielt sie für die Regierung für reichlich gefährlich. Besonders gefährdet schien Briands Stellung durch die letzte Abstimmung, bei der er sich völlig auf die Rechte verlassen hatte, wodurch die Linke sehr verbittert wurde. Daß Sozialisten und Kommunisten also unbedingt gegen Briand Stellung nehmen würden, war vorauszusehen. Trotzdem war die Haltung uneinheitlich.

### Neue Finanzgesetze.

Briand hatte alle Energie zusammengenommen. Er hatte jedenfalls ein gewisses Übergewicht durch die Lage in Marokko, worüber er Erklärungen abgab. Weiter erklärte er, er sei der parlamentarischen Majorität endlich überdrüssig und verlange eine feste Mehrheit, gleichviel ob rechts oder links. Vor allem erklärte er eine Reform der Steuerpolitik. Auch neue Finanzgesetze müßten eingebracht werden. Erst wenn diese neuen Gesetze in Kraft seien, werde er eine Finanzdebatte zulassen.

## Endlich gefunden!

Moscicki zum polnischen Staatspräsidenten gewählt.

Durch die Abgabe Pilsudskis war Warschau in große Aufregung versetzt worden. Vier neue Kandidaten wurden zum zweiten Wahlgang aufgestellt: Śniński, Moscicki, Marek und Fiedoriewicz. Moscicki siegte mit 281 Stimmen und wurde zum Staatspräsidenten gewählt. Der Posener Wojewode Śniński bekam nur 200 Stimmen und Marek eine Stimme. Man zählte 63 Stimmenthaltungen.

Ein Zeichen der tiefen Nervosität, die in Warschau herrschte, war u. a. die abermalige Verhängung der militärischen Zensur über Ferngespräche. Der neu gewählte Staatspräsident ist von Pilsudski besonders empfohlen worden. Er war der Kandidat der Mittelparteien, der Linken mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Juden und teilweise wohl auch der deutschen und slawischen Minderheiten. Der kommunistische Kandidat Fiedoriewicz hatte natürlich keinerlei Aussichten.

Pilsudski war also fest geblieben in seinem Entschluß. Nach am Vorabend des 2. Wahlgangs wurde Katak von den Ungarn aufgefordert, Kompromißverhandlungen einzuleiten. Demonstrierende Offiziere hatten 21 Gewehrschüsse zu Ehren Pilsudskis abgegeben.

## Putz-Nachwehen.

Justizrat Claß verlangt Einsicht in die Polizeiakten.

In einem Schreiben an den preussischen Innenminister Sebering weist Justizrat Claß darauf hin, daß bei den Verhandlungen in der Lübeder Bürgerschaft über den sozialistischen Misstrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann überhaupt nicht, er, Claß, habe bei allen Putzsch die Hand im Spiele gehabt und sei nur juristisch nicht zu fassen gewesen. Ebenso erklärte Bürgermeister Dr. Neumann am 26. Mai vor der Bürgerschaft wörtlich: „Es ist gesagt worden, Claß sei am Rapp-Putz beteiligt gewesen. Auch der Referent vom Berliner Polizeipräsidium, an den sich der Lübeder Gesandte auf Anweisung des Lübeder Senats um nähere Auskunft gewandt hatte, war dieser Meinung.“  
Nach solchen Erfahrungen, schreibt Claß, müsse er Einblick in die Akten verlangen.

„Was den Beamten nach der Reichsverfassung der vorgesetzten Dienststelle gegenüber recht ist, werden Sie so verantwortungslos vor der Weltöffentlichkeit Angegriffenen billig sein lassen müssen. Nach allem Vorgefallenen glaube ich erwarten zu dürfen, daß Sie nicht nur mir, sondern allen, die es angeht, jetzt Einblick in die betreffenden Akten der politischen Polizei gewähren.“

### Die deutschen Eisenhüttenleute protestieren.

In Düsseldorf hielt der Verein deutscher Eisenhüttenleute unter starker Beteiligung seine Generalversammlung ab, wobei Generaldirektor Dr. Springorum über die bei Generaldirektor Dr. Bögeler abgehaltene Hausdurchsuchung sprach. „Ich bin der Zustimmung aller deutschen Eisenhüttenleute gewiß, wenn ich unserem Vorsitzenden, Dr. Bögeler, unsere tiefste innere Empörung über das unerhörte Vorgehen der Behörden zum Ausdruck bringe und ihn gleichzeitig unserer herzlichsten Verehrung und dauernden Dankbarkeit versichere.“

## Polizei unter der Lupe.

Putz-Debatte im Landtag.

— Berlin, den 1. Juni 1926.

Der Preussische Landtag nahm heute zum erstenmal nach Pfingsten seine Beratungen wieder auf.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Ergänzungsetats für das Ministerium des Innern, und zwar zum Kapitel Polizei. Eröffnet wurde die allgemeine Aussprache durch Abg. Marxwald (Soz.), der verlangte, daß für die Beamten der Schutzpolizei so schnell wie möglich dieselben Rechte gewährt werden wie für die übrigen Beamten. Vor allem seien es zwei Wünsche, die umgehend berücksichtigt werden müßten: Aufheben des sinnlosen Drills und Schutz für die republikanisch gesinnten Beamten vor Angriffen und Schikanen ihrer monarchistisch gesinnten Vorgesetzten. Ungerecht und abänderungsbedürftig sei die Pensionsregelung bei den Polizeibeamten, die eigentlich bisher nur den höheren Stellen zugute käme; die unteren Beamten müßten dafür wegen jedes kleinen Vergehens strafgezügelter (Hört! Hört! links), vor Offizieren, denen 800 Mark Monatspension sicher sind und die weiter nichts gelernt haben als exerzieren. Die Verfolgung der Republikaner mache sich in der Beamtenhaft noch immer breit. „Wir waren, so erklärte der Redner, stolz darauf, daß die Revolution von 1918 ohne Blutvergießen abging. Nachsicht und Gnade kann aber zur Dummheit werden, und zu dieser Dummheit werden wir uns nicht bereit finden. Den geringsten Versuch, die Staatsform gewaltsam zu ändern,

wird nicht nur die gesamte Arbeiterschaft sondern auch die große Mehrheit der Polizeibeamten zum Scheitern bringen. Wir werden dann die Worte Lassalles aus ihrem bildlichen Sinne in die reine Tat übertragen: „Den Dämonen aus Auge und das Knie auf die Brust!“ (Leb! Beifall links.)

Der nächste Redner war der Abg. Bork (Dntl.), er sprach über die Bestrafung des Polizeihauptmanns Bender, der in Zivil und außer Dienst eine Versammlung der Reichsparteien besucht hat. Seine Bestrafung sei wegen „abwegiger politischer Gesinnung“ erfolgt. Die Hausdurchsuchungen hätten ja bewiesen, daß man die Polizei sehr gefällig gemacht hat. Mit Hausdurchsuchungen gehe man gegen verdächtige Männer vor und führe die öffentliche Meinung irre.

Abg. Stieler (Ztr.) meinte, gegenüber den deutschen nationalen Angriffen wegen der letzten Polizeiaktion sei nochmals zu betonen, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Polizei ist, dort einzugreifen, wo Anzeichen für ein Verbrechen vorliegen.

Darauf ergriff Ministerialdirektor Dr. Abegg das Wort. Schon seit langem habe das Ministerium des Innern Nachrichten über hochverräterische Umtriebe in rechtsradikalen Kreisen gehabt. Als am 10. Mai der Berliner politischen Polizei der Diktaturplan und die Namen der dafür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten bekannt geworden seien, sei es bei der vorliegenden Gefahr im Verzuge, geradezu Pflicht der Polizei gewesen, unverzüglich einzuschreiten. Das bei verschiedenen Persönlichkeiten

### Kein Belastungsmaterial gefunden

worden sei, sei auf ein vorzeitiges Bekanntwerden der politischen Aktion zurückzuführen. Daran habe keine amtliche Stelle irgend ein Verschulden. Bei den Hausdurchsuchungen sei belastendes Material, Korrespondenzen, der militärische Aufmarschplan gegen die Reichshauptstadt usw., gefunden worden. Dieses Material habe die Sachlage klarheit beleuchtet. Infolge der struppeligen Hebe einer gewissen Presse müsse leider immer selbst mit unsinnigsten Unternehmungen gerechnet werden. Die Tendenz der Reichspresse, den Gedanken an einen Putzsch als lächerlich hinzustellen, erinnere an die gleichen Äußerungen vor dem Rapp-Putzsch und vor den Attentaten auf Erzberger, Scheidemann und Rathenau. Dr. Abegg wies die Angriffe des Frhr. v. Münch am 26. Mai auf dem Meininger Genossenschaftstage in Köln gegen den Staatssekretär Dr. Meißner und die preussische Staatsregierung aufs schärfste zurück. Die Gefahr ist beseitigt, drohte ihm anhaltend Gelächter von den Bänken der Deutschnationalen und Volkslisten entgegen, in dem seine weiteren Ausführungen verloren gingen.

Abg. Regentin (Dvp.) meinte, man habe in keiner Weise aus dem, was Ministerialdirektor Abegg vorgebracht hat, ein Bild davon gewinnen können, was angeblich dem Staat drohe (großer Lärm links). Ein Vergleich mit dem Rapp-Putzsch sei nicht möglich, weil damals eine geschlossene Truppe, wohl bewaffnet, in der Hand eines Führers vorgegangen war. Jetzt habe der Ministerpräsident selbst angegeben, daß an einen Putzsch nicht zu denken war. „Es kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß die Polizei zum Schutze des Staates, wo es nötig ist, eingreifen muß. Aber wir verlangen von den Leuten, die die Polizei leiten, eine ruhige Einstellung. Nervöse Leute können wir nicht gebrauchen. Sie müssen Nachrichten über Hausdurchsuchungen bei unseren Wirtschaftsführern etwa in amerikanischen Zeitungen, als Aufsatze zu neuen Kreditverhandlungen wirken? Das Ministerpräsident Braun gewünscht hat, daß er unsachgemäß handelte, hat er dem Lübeder Gesandten durch sein Versprechen zugestanden, im künftigen Fall nicht wieder derart verfahren zu wollen.“ Der Redner forderte dann Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit der Entente über Stärke und Kasernierung der Polizei. Ministerialdirektor Abegg habe ein ganz falsches Bild über die Polizeiaktionen entworfen.

Abg. Rane (Dem.) wies den früher erhobenen Vorwurf des Abg. Geyern (Dvp.) zurück, daß die Polizei durch ihr Vorgehen Unruhe stifte. Er danke der Polizei für ihre Haltung und bedauere, daß beim Etat nicht mehr materielle Besserstellung der Polizeibeamten herausgekommen sei und besonders auch die Polizeiprääsidenten und deren Vertreter nicht so hoch besoldet werden, wie die gleichrangigen Kommunalbeamten.

Abg. Frelle (B. Vg.) bezeichnete die Entwicklung der Polizei in den letzten Jahren als günstig.

Abg. Dr. Körner (Völk.) bedauerte, daß der Minister Sebering persönlich durch Urlaub verhindert sei, an der Beratung des Polizeietats teilzunehmen. Die Volkslisten wollten vor allem wissen, wie es um die Angelegenheit des früheren Berliner Polizeiprääsidenten Richter stehe.

Ministerialdirektor Abegg betonte, Richter erhalte keineswegs „über 1000 Mark monatlich“ und könne diese Summe, die er nicht bekomme, auch schon deshalb nicht zur Auslandsreise verwenden, weil er sich in Berlin aufhalte. Abg. Rausche (Dem.) bezeichnete es als Verbrechen, Nervosität in die Polizei und Öffentlichkeit zu tragen.

Der Polizeietat wurde hierauf dem Hauptausschuß überwiesen. Das Haus vertagte sich auf Mittwoch.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Juni 1926.

— An der Technischen Hochschule Hannover wurde Prof. Vessing, dessen politische Ansichten schon öfter angefeindet wurden, von den Studenten an die Abhaltung seiner Vorlesungen verhindert. Das Kultusministerium hat Bericht verlangt.

— Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth v. Simmern, hat dem Reichskanzler eingehend Bericht über die Lage in den besetzten Gebieten erstattet.

— In Konstanz sind von Reichswehrsoldaten und Gmnanastien schwarz-rot-goldene Flaggenbänder abgerissen worden. Der Minister des Innern hat Einspruch erhoben.

### Fürstenabfindungsgesetz im Reichstag.

— Berlin, 2. Juni. Im Reichstag ist jetzt die Vorlage zur Fürstenabfindung eingegangen. Sie umfaßt im ganzen 29 Paragraphen und lehnt sich eng an den letzten Kompromißentwurf der Regierungsparteien an. Die Vorlage ist vom Reichsrat schon mit überwiegender Mehrheit angenommen worden.

— Der Streit um die deutsche Biersteuer. In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sich die Reparationskommission mit der vor längerer Zeit gemeldeten Herabsetzung der deutschen Biersteuer. Bekanntlich besteht dabei eine Meinungsverschiedenheit zwischen der deutschen Regierung und dem Reparationskommissar. Damals wurde der Streit an das Schiedsgericht verwiesen. Zum Schiedsrichter wurde jetzt der Holländer Lynden van Sandenburg im Haag, der frühere Oberpräsident der Provinz Utrecht und der holländische Vertreter beim Völkerbund, ernannt. Die Entscheidung ist in einigen Wochen zu erwarten. Die Reparationskommission hat von der Anrufung eines Schiedsgerichts Kenntnis genommen und sich mit der Regelung der Streitfrage einverstanden erklärt.

— Was macht die Groß-Hamburg-Frage? Nach dem jetzigen Stand der Besprechungen zwischen Preußen und Hamburg in bezug auf gegenseitige Gebietsabtretungen zum Zweck des Ausbaues des Hamburger Hafens, scheint der Plan kaum zur Durchführung zu gelangen. Hamburg meint, in Preußen bestehe sogar die Absicht, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Die Elbgermeinden wehren sich auf das äußerste gegen die ihre Selbständigkeit bedrohende Eingemeindung und haben für die nächsten Tage eine Reihe von Protestkundgebungen angesetzt. In Hamburg wird die vorzeitige Unterstüßung der Altonaer Sonderwünsche als eine der